

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 76 (1996)
Heft: 12-1

Artikel: Ein Interventionismus mit weniger Illusionen? : Reflexionen zur Sozialismus- und Kapitalismuskritik von Joseph E. Stiglitz
Autor: Baumberger, Jörg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-165551>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jörg Baumberger,
geboren 1944 in Biel,
ist Titularprofessor für
Volkswirtschaftslehre
und lehrt an der
Universität St. Gallen.

EIN INTERVENTIONISMUS MIT WENIGER ILLUSIONEN?

Reflexionen zur Sozialismus- und Kapitalismuskritik von Joseph E. Stiglitz¹

In «Whither Socialism?» (*Sozialismus wohin?*) entwickelt Joseph E. Stiglitz, Mitglied des dreiköpfigen «Council of Economic Advisers» von Präsident Clinton und einer der bekanntesten Ökonomen der USA, eine eigenwillige, von ideologischem Ballast befreite Konzeption der Rollenverteilung zwischen Staat und Markt.

Was immer Stiglitz sieht, erinnert ihn an unvollkommene Information. Von dieser überaus strahlungsaktiven Position aus hat Stiglitz in praktisch alle Gebiete der Wirtschaftswissenschaft hineingewirkt und in weiten Bereichen eine Überprüfung tradierten Wissens ausgelöst.

Unvollkommene Information? Das scheint nun nicht unbedingt ein Ansatzpunkt zu sein, der ein erfolgreiches Ein greifen in die weltanschauliche Debatte über den Sozialismus verspricht. Und es ist denn auch nicht diese emanzipationstreifende Debatte, die Stiglitz um ein weiteres überflüssiges Kapitel bereichern will. Die Heiligen des Sozialismus und ihre kanonisierten Schriften kommen in diesen *Wicksell Lectures* so gut wie überhaupt nicht zum Wort. *Whither Socialism?* würde seinen Inhalt treffender etikettieren, wenn es *Whither Capitalism?* heißen würde. Denn es ist zunächst und in erster Linie ein Aufklärungsbuch über den Kapitalismus und wendet sich an ein breites Publikum von Architekten marktwirtschaftlicher Institutionen und Managern marktwirtschaftlicher Wirtschaftspolitik. Die Vortragsreihe vom April 1990 an der *Stockholm School of Economics*, die ursprünglich als Bestandesaufnahme der zeitgenössischen Informationsökonomie geplant war, wurde unter dem Eindruck der laufenden Ereignisse, quasi vor surrenden Kameras, in eine Art von Grundkurs in höherer Marktwirtschaftskunde umgegossen, in einen Grundkurs der besonderen Art freilich. Im Moment des Sieges des Kapitalismus erhebt sich hier eine prestigereiche Stimme, um die Novizen (und ihre westlichen Vordenker) vor Idealisierung, Ideologisierung und Simplifizierung der Marktwirtschaft zu warnen. Stiglitz' Warnung vor einer Überhöhung des Kapitalismus entspringt

nicht verteilungspolitischen Motiven. Obwohl distributive Fragen von jeher zu seinem Forschungsprogramm gehört haben, reiht er sich hier nicht in die Ränge jener westlichen Nostalgiker ein, die den Kapitalismus wegen dessen sozialer Indifferenz tadeln. Nein, er ortet Schwächen des Kapitalismus genau an jener Stelle, wo Anhänger und Gegner gewöhnlich dessen Stärken zu erblicken pflegen, bei der Allokationseffizienz. Sein Scheinwerfer richtet sich auf die Ineffizienzen des Kapitalismus. Aufgeklärt werden soll der Leser darüber, dass der *Laissez-faire*-Kapitalismus, der real existierende und der real bestmögliche Kapitalismus auch und namentlich unter dem Gesichtspunkt der Effizienz nicht halten können, was ihre Missionare unter Rekurs auf simplistische Theorien über Wirtschaftssysteme versprechen.

Schillernde wohlfahrtsökonomische Bewertung des Kapitalismus

Obwohl das skrupulöse Aufdecken von Effizienzversagen des Kapitalismus im Angesicht der eklatanten Fehlleistungen des Sozialismus etwas nach Nörgelei riecht, muss solche Selbstevaluation gerade im Augenblick des Sieges nicht unproduktiv sein. Denn nach dem Ende der wirtschaftlichen Selbstverstümmelung der ehemals kommunistischen Länder hat sich der internationale Wettbewerb intensiviert, und es ist plötzlich entscheidend geworden, für welche Art von Kapitalismus ein Land sich entschliesst. Die am Massstab der Effizienz orientierte Kapitalismuskritik und die darauf gestützten Reformprojekte haben eine grosse Tradition. Der Vorwurf, die Marktwirtschaft leide unter endemischer Ineffizienz, spielte eine grosse Rolle in der Fachdebatte zum Thema «Markt-

¹ Joseph E. Stiglitz:
Whither Socialism?,
The MIT Press,
Cambridge MA 1994.

sozialismus versus Kapitalismus». An diese Debatte knüpft Stiglitz an. Der «Sozialismus», von dem er gelegentlich spricht, ist nicht der marxistisch-leninistische Postbürookommunismus, sondern der sogenannte Marktsozialismus, d. h. der Versuch eines punkto Effizienz mit der Marktwirtschaft rivalisierenden Sozialismus.

Dieser Anknüpfungspunkt ist ungewöhnlich, aber nicht unzweckmässig, führt er doch mitten in die Debatte über die Meriten der verschiedenen Wirtschaftssysteme hinein. Lange vor dem Kollaps des Kommunismus, ja bereits vor dem intellektuellen Siegeszug des Sozialismus im Gefolge der Erschütterungen des Ersten Weltkrieges, war eines der Hauptbedenken von Ökonomen gegen den Sozialismus die Befürchtung, dass das sozialistische Wirtschaftssystem in praktisch allen seinen Spielarten mangels eines leistungsfähigen Preissystems statt zur verheissenenen materiellen Befreiung der Menschen zu institutionalisierter Verschwendug, generalisierter Armut und ritualisierter Knechtschaft führen würde, dass m. a. W. der Sozialismus – wegen der ihm angeborenen Miss- und Mangelwirtschaft – die Aspirationen selbst seiner Freunde enttäuschen würde. Die anfangs noch mehr befürchtete als empirisch dokumentierte ökonomische Ineffizienz des Sozialismus sowie die noch jungen, aber bereits ernüchternden Erfahrungen mit dem sowjetischen Wirtschaftsmodell stimmten früh schon viele Ökonomen nachdenklich, die mit den Verteilungszielen des Sozialismus sympathisierten. Den Hauptstrom sozialistischer Doktrin focht dies wenig an, denn er verliess sich auf eine ökonomische Analyse, die dank ihrer hermetischen Sprachregelung luftdicht gegen die bürgerliche Ökonomie abgeschlossen war. Einige wenige sozialistische Ökonomen² (Lange, Lerner, Taylor) hingegen nahmen die Herausforderung ernst und wagten den Versuch, den Kapitalismus mit seinen eigenen analytischen Waffen zu schlagen, beziehungsweise den Sozialismus mit Hilfe einer rigorosen «modernen» (nicht-marxistischen) ökonomischen Analyse zu konkretisieren, funktionsfähig zu machen und theoretisch zu untermauern. Das Vehikel zu diesem Unternehmen lag bereit in Gestalt der neoklassischen Gleichgewichtsanalyse und der darauf basierenden Wohlfahrtstheorie.

Ihnen war nicht entgangen, dass diese Analyse, die viele Ökonomen bis zum heutigen Tage für die wissenschaftliche Letztbegründung des Kapitalismus – und damit für die Fundamentalwiderlegung des Sozialismus – schlechthin halten, sich ebenso gut als wissenschaftliche Letztbegründung des Sozialismus und Widerlegung des Kapitalismus verwenden lässt.

Die zwei Hauptsätze der auf die neoklassische Gleichgewichtstheorie rekurrierenden Wohlfahrtstheorie lauten:

Erster Hauptsatz: Der freie Markt führt – unter gewissen Voraussetzungen (zu welchen gehören: vollkommener Wettbewerb, Abwesenheit von externen Effekten und von Nichtkonvexitäten, Vollständigkeit des Marktsystems in Zeit, Raum und hinsichtlich der heutigen Handelbarkeit künftiger Risiken und Güter, symmetrischer Informationsstand aller Vertragspartner) – dank seinem flächendeckenden und alle Informationen aggregierenden Preissystem zu einem Gleichgewicht, und dieses ist stabil und in dem Sinne effizient, dass keine physisch erreichbaren Nutzungsmöglichkeiten ungenutzt verschwendet werden.

Zweiter Hauptsatz: Durch geeignete Resourcenumverteilungen (pauschale, verzerungsfreie Umweltverteilungen der Resourcenausstattungen) lässt sich auch in einem Marktsystem jeder erwünschte Verteilungsendzustand erreichen, ohne dass Opfer an Effizienz zu erbringen wären. Das heisst, Umverteilungen brauchen die Wirtschaft nicht von der äussersten Effizienzgrenze abzubringen.

Die beiden Lehrsätze klingen beruhigend, scheinen sie doch das schmerzhafte Dilemma zwischen Effizienz und Umverteilung mit Hilfe rigoroser mathematischer Theorie wegbewiesen zu haben. In Wirklichkeit sind sie jedoch trotz ihrer analytischen Klarheit aus einem Stoff gemacht, der zu wirtschaftspolitischer Konfusion förmlich einlädt. Kein Wunder, dass sie in der Folge immer wieder für die widersprüchlichsten Konzeptionen von Wirtschaftsverfassungen angerufen wurden: so für den Beweis der Superiorität des Kapitalismus über den Sozialismus und für das Umgekehrte, aber auch für den Beweis der Superiorität der redistributiv-interventionistischen Marktwirtschaft über die reinen Systeme von Sozialismus oder Kapitalismus, für Spielarten des Ordoliberalis-

2 Zum sozialistischen «Part» der klassischen Marktsozialismus-debatte: O. Lange, F. M. Taylor, B. E. Lippincott (eds): *On the Economic Theory of Socialism*, University of Minnesota Press, Minneapolis, 1938. – O. Lange: *Mr. Lerner's Note on Socialist Economics*, *Review of Economic Studies IV* (1936/27) 143–144. – A. P. Lerner: *A Note on Socialist Economics*. *Review of Economic Studies*, IV (1936/37) 72–76.

mus und nicht zuletzt auch für den Beweis der Äquivalenz von Sozialismus und kapitalistischer Marktwirtschaft. In der Tat: Durch eklektisches Ausblenden einzelner Voraussetzungen der beiden Theoreme und ebenso eklektisches Einblenden von «Realität» lassen sich beliebige wirtschaftspolitische Gottesbeweise erzeugen.

In diese Debatte voller Konfusionen greift das Buch von Stiglitz ein. Einer seiner unbestreitbar positiven Beiträge ist dabei sein negativer Beitrag, nämlich seine gründliche Demontage aller Versuche, entweder den Kapitalismus oder den Marktsozialismus auf die beiden Fundamentaltheoreme der herkömmlichen Wohlfahrts- und Wettbewerbsgleichgewichtstheorie abzustützen. Das Allzweckinstrument, das ihm hiebei zustatten kommt, ist die Ökonomik der unvollkommenen Information. Mit ihrer Hilfe belegt er die Irrelevanz beider Theoreme. Wenn man konzediert, dass es in allen Wirtschaftssystemen unvollkommene Information gibt, dann tragen die beiden Theoreme nichts zur Erkenntnis der Unterschiede bei, basieren sie doch auf der stillschweigenden Annahme vollkommener Information.

Ein eminent korrekturbedürftiger Kapitalismus

Nach dem Kollaps aller grossformatigen Sozialismusexperimente ist die Versuchung gross, es sich bei der Analyse des ökonomischen Scheiterns des Sozialismus und jener des ökonomischen Erfolges des Kapitalismus (allzu) leicht zu machen, nämlich die Superiorität des Kapitalismus mit der Existenz – und den Misserfolg des Sozialismus mit dem Fehlen – eines effizienten Preissystems zu erklären. Solcher *terrible simplification* tritt Stiglitz entgegen, indem er – wider den Zeitgeist – den Effizienzfällen beider Systeme, aber namentlich jenen des Kapitalismus nachspürt. Mit einiger Sorgfalt demonstriert er, dass auch eine kapitalistische Wirtschaft ein effizientes Wettbewerbsgleichgewicht im Sinne der neoklassischen Allgemeinen Gleichgewichtstheorie nicht erreichen kann. Der entscheidende Unterschied zwischen Kapitalismus und (Markt-)Sozialismus kann somit nicht in der Existenz bzw. Nichtexistenz eines idealen, perfekten Systems von Wettbewerbspreisen

3 Zum kapitalistischen «Part» der Marktsozialismusdebatte: Friedrich A. von Hayek (ed.): *Collectivist Economic Planning. Critical Studies on the Possibilities of Socialism by N. G. Pierson, Ludwig von Mises, Georg Halm and Enrico Barone, edited with an introduction and a concluding Essay by F. A. von Hayek*, Routledge & Sons, London 1938. – Ludwig von Mises: *Die Gemeinwirtschaft, Untersuchungen über den Sozialismus*, G. Fischer, Jena 1922.

liegen. Ein solches kann der Marktsozialismus aus den Gründen, die Barone, v. Mises und v. Hayek schon früh darlegten³ und die nach wie vor robuste Doktrin darstellen, zweifellos nicht hervorbringen: Er leidet unweigerlich unter einem überwindbaren Informationsnotstand der zentralen Preissetzungssorgane und unter perversen ökonomischen Anreizen. Aber der Kapitalismus bleibt den Zustand eines effizienten Wettbewerbsgleichgewichts ebenfalls schuldig, zwar nicht nur, aber ebenfalls infolge unvollkommener Information. Hier spielt nun Stiglitz seine Trümpfe. Er weiss, dass die Erkenntnis, wonach der *Laissez-faire*-Kapitalismus aus zahllosen Gründen kein effizientes Gleichgewicht hervorbringt, letztlich müssig ist, solange nicht belegt ist, dass ein operationales Instrument besteht, das mindestens einen Teil der Ineffizienz beheben könnte. Eine durch nichts heilbare Ineffizienz ist gar keine echte Ineffizienz, sondern eine Folge der natürlichen Erdenschwere des Wirtschaftens. Stiglitz' Trümpfe sind die von ihm so genannten *Greenwald-Stiglitz-Theoreme*. Diese Theoreme beantworten die Frage, ob ein kapitalistischer Markt wenn schon nicht ein vollkommen perfektes effizientes Wettbewerbsgleichgewicht, so wenigstens den höchst möglichen Wohlstand unter den Bedingungen der unvermeidlichen Wissensknappheit gewährleistet. Die überraschende apodiktische Antwort von Bruce Greenwald und Joseph Stiglitz, mit der sie Hayek und vielen noch lebenden Ökonomen widersprechen, ist ein kategorisches *Nein*. In einer Marktwirtschaft mit unvollkommener Information kann der Staat, auch wenn ihm kein superiores Wissen zu Gebote steht, durch geeignete Interventionen netto wohlstandssteigernd wirken. Das ist eine Kapitalismuskritik und Interventionsbegründung, die nicht ohne weiteres vom Tisch gewischt werden kann, hängt sie doch nicht mehr am dünnen Faden der fragwürdigen Annahme staatlicher Allwissenheit und Vollinformiertheit und hängt sie doch auch nicht mehr von der Abwesenheit von Transaktionskosten ab. Wie robust das Tau der Greenwald-Stiglitz-Theoreme tatsächlich ist, soll weiter unten erörtert werden.

An weiteren Effizienzdefiziten mangelt es im Kapitalismus nicht. Das Marktsystem ist bei weitem nicht vollständig: Güter- und

An Effizienzdefiziten mangelt es im Kapitalismus nicht.

Finanzmärkte stellen nicht alle Güter und Finanztitel bereit, die eine effiziente Verteilung von Risiken in Raum und Zeit erlauben würden. Vollständigkeit der Märkte wäre aber auch kein Allheilmittel; denn ein vollständiges Marktsystem wäre unweigerlich mit so dünnen Märkten verbunden, dass nun wiederum der vollkommene Wettbewerb in Frage gestellt wäre. Vollkommene Effizienz der Märkte in der Informationsverarbeitung, wie sie vielen Modellen zugrunde liegt, ist zudem grundsätzlich unmöglich, weil niemand kostspielige Information suchen und verarbeiten würde, wenn die Preise «immer schon» oder jedenfalls unendlich schnell, alle relevanten Informationen integrieren würden. Damit jemand Information erzeugt und über den Markt in die Preise einspeist, darf ein minimaler Grad von Unwissen nicht unterschritten werden. Schliesslich erzeugen freie Märkte, wie jeder Konsument weiss, ihre eigene Unübersichtlichkeit. Die Marktwirtschaft erzeugt nicht nur Information, sondern auch desinformierendes Rauschen.

Märkte tendieren sodann – entgegen der Intuition – nicht immer und überall zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage. In einem Sinne ist diese Aussage für keinen Ökonomen eine besonders erschütternde Neuigkeit. Stillschweigend oder händefuchtelnd oder – in Fachzirkeln – unter Zuhilfenahme einer Anpassungsdifferentialgleichung nahm man jedoch immer an, dass es «äussere Störungen» sind, die vom Gleichgewicht wegführen, und dass die endogenen Kräfte die Märkte immer und überall wieder zum markträumenden Gleichgewicht zurückführen. Ein Gemeinplatz ist ebenfalls, dass staatliche Preisfestsetzungen dauerhafte Ungleichgewichte bewirken können. Stiglitz steht nun aber genau für den Nachweis, dass Märkte auch unter unregulierter Preisbildung *dauerhaft* im Ungleichgewicht bleiben können und dass solche Ungleichgewichts-Gleichgewichte auf so wichtigen Märkten denkbar sind wie dem Kredit- und dem Arbeitsmarkt.

All dies ist – in zum Teil unzusammenhängenden Bruchstücken – heute Standardlehrstoff für Ökonomen. «Whither Socialism?» kommt aber das Verdienst zu, die Bausteine, die zum Teil durch Stiglitz selbst geformt wurden, zum Gebrauch durch den gebildeten Laien vereinigt und demon-

striert zu haben, wie schwierig die wohlfahrtstheoretische Begründung des Kapitalismus am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts geworden ist – sollte sie denn überhaupt möglich sein. Der Kapitalismus ist offensichtlich weder in seiner *Laissez-faire*-Form noch in seiner *Ordo*-Form das, was eine neoklassik-basierte Wohlfahrtstheorie oder die deutsche Ordnungstheorie in ihm sah; und auch der Sozialismus ist nicht so, wie ihn die verschiedenen an der Neoklassik geschulten – freundlichen und feindlichen – Orthodoxien wahrzunehmen pflegten. Aus dem Scheitern wohlfahrtstheoretischer Totalsystembegründungen folgert Stiglitz, dass die Suche nach wohlfahrts-theoretischen Systembegründungen eigentlich müsigg sei. Die richtige und allein relevante Frage sei jene nach der Rolle des Staates in der Wirtschaft, und diese könne nur sorgfältig differenziert und nicht durch flächendeckende Generalisierungen über «Systeme» beantwortet werden. Darauf ist sicher rasch Einigkeit zu erzielen, solange von den Minimalstaatsfunktionen (Definition und Schutz der Eigentumsrechte) die Rede ist. Stiglitz macht sich indessen anheischig, auch einen Kompass zu einem wesentlich weiter reichenden und dennoch strikt am Wohlstandsziel festhaltenden Interventionsstaat entwickelt zu haben.

Ein aufgeklärter Interventionismus?

Frühere Begründungen für Interventionen in die kapitalistische Wirtschaft basierten meist auf der impliziten Annahme, der Staat sei besser informiert als die privaten Akteure und sei deshalb berufen, von dieser höheren Warte aus, *Marktversagen* zu heilen. Früh hatten Skeptiker indessen erkannt, dass diese Interventionismustheorie mit zugunsten des Staates gezinkten Karten spielte. Den Privaten wurde infolge ihres Informationsnotstandes nicht zugetraut, durch geschickte Verträge und private Institutionen die auf den ersten Blick gefährdet scheinende Effizienz doch noch herzustellen; dem Staat wurde dagegen das erforderliche Wissen ohne weiteres zugemutet. Zu Recht wurde gegen diese Fundierung der Interventionstätigkeit eingewendet, sie schreibe dem Staat Fähigkeiten zu, die er nicht haben könne; es sei nicht einsichtig, weshalb der Staat grundsätzlich besseres Wissen haben sollte als die priva-

Stiglitz hat nur einen Schritt in Richtung auf eine rigorose Analyse des Interventionismus gemacht, und vermutlich den kleineren von zwei notwendigen.

ten Akteure. Und falls man den Privaten per Annahme dieses Wissen zuschreiben würde, könnten sie ohne Staatsintervention das effiziente Ergebnis hervorbringen. Kurz: Wenn und insofern die Privaten infolge Informationsunvollkommenheit und Transaktionskosten nicht zur Effizienz hinfinden, warum sollte es der Staat? Die Hypothese liegt nahe, dass bei «fairen» Annahmen über die Informationssituation der Staat dort, wo der private Markt versagt, ebenfalls versagen werde und dass dort, wo der Staat Effizienz herzustellen vermag, der private Markt dies ebenfalls könne – womit die Begründung für die meisten Interventionen unter realistischen Bedingungen in sich zusammenfallen würde. An dieser Stelle hakt Stiglitz mit seiner neuen Interventionismustheorie ein: Nicht weil der Staat über den allgemeinen Informationsnotstand und die allgegenwärtigen Transaktionskosten erhaben ist, sondern obwohl er es nicht ist, kann er mit geeigneten Interventionen eindeutige Wohlstandsgewinne bewirken; dies weil ihm im Unterschied zum Markt, wo nur freiwillige Transaktionen zustande kommen, die Macht, Zwang auszuüben, zu Gebote steht. Ein grosser Teil seiner Arbeit bestand genau darin, Fälle – folgenschwere Fälle – aufzudecken, wo die Äquivalenz von Markt- und Staatsversagen trotz gleicher (unvollkommener!) Informationslage nicht gilt und wo der Staat allein dank seiner allgemeinen Besteuerungs-, Subventions- und Regulierungsbefugnis eindeutig segensreiche Wohlstandsgewinne erzeugen kann. Informationsunvollkommenheit plus Besteuerungs-, Regulierungs- und Subventionierungsbefugnis des Staates spannen auch dann einen Raum für umfangreiche – und, wie Stiglitz meint: auch erfolgreiche – Staatsintervention auf, wenn der Staat über keine superiore Informationen verfügt.

Damit stellt Stiglitz, ohne in die Falle der Annahme staatlicher Allwissenheit zu treten, viele einfache liberale Vorstellungen über die Erlässlichkeit staatlicher Intervention in Frage. *Whither Socialism?* versteht sich daher recht eigentlich als Skizze oder Vorübung eines neuen, unvoreingenommenen Interventionismus, der entlastet ist vom Vorwurf des realitätsfernen Vertrauens in das staatliche Wissen und vom Vorwurf der Ignorierung der allgegenwärtigen Transaktionskosten. In

einer Welt, in der bei vielen Verträgen die Parteien asymmetrisch informiert sind, gibt es effizienzmässig wohlstandssteigernde Staatsinterventionen, die durch die Privaten im Rahmen der Vertrags- und Eigentumsfreiheit nicht substituierbar sind. Ebenso ist in einer solchen Welt die Quersubventionierung gewisser Aktivitäten und Industrien durch (sogar verzerrend!) Steuern, die auf andern Aktivitäten und Industrien erhoben werden, unter Umständen durchaus wohlstandssteigernd. Viele Wohlstandssteigerungen können, und können nur, durch hoheitliche Intervention erzielt werden. Der Fächer des verbleibenden Interventionismus ist in der Tat beeindruckend und jener der Interventionstechniken eindeutig grösser, als die Befürworter sogenannter Marktwirtschaftlicher Lenkungsinstrumente sich träumen liessen. Die Instrumente sind zum grössten Teil nicht mehr dieselben wie unter dem alten Interventionismus. Sie umfassen zum Teil nichtlineare Subventionen und Steuern. In Betracht fallen durchaus auch wieder direkte Verbote und Gebote, Preis- und Mengenlimiten, also sogenannte nicht-marktwirtschaftliche Interventionen. Endziel ist nicht mehr die vollkommene Effizienz einer Nirvana-Welt, sondern die unter den technischen und informationsmässigen Bedingungen erreichbare – beschränkte – Effizienz oder, wie man im Fachjargon zu sagen pflegt: beschränkte Pareto-Effizienz. Über die Verzerrungswirkungen von Steuern, Subventionen und wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen bestehen keine Illusionen mehr.

Ein beschränkt aufgeklärter Interventionismus

Alles in allem also endlich die realistische und praktikable Theorie des Interventionismus jenseits der Ideologien, die Theorie, die vom Ad-hoc-Mix endlich zum optimalen Mix der Institutionen und zur optimalen Kalibrierung der Eingriffe führt?

Ein Ökonom hat von der sogenannten Zweitbest-Analyse einmal lakonisch festgestellt: «*Second-best analysis is more realistic than first-best analysis, but only slightly so.*» Das gilt trotz der scharfsinnigen und scharfzüngigen Analyse auch für das vorliegende Werk. Ja in seinem Bestreben, dem Leser das Neueste und das wenigst

Triviale der neueren Forschung nahezubringen, wird demselben Leser Essentialles weniger Neues vorenthalten. Das Licht, welches das Buch wirft, riskiert deswegen, aller Aufgeklärtheit zum Trotz, zu einem Irrlicht zu werden. Denn Stiglitz hat nur eine von zwei grossen Illusionen aufgegeben, die in der Vergangenheit zu einer Überschätzung des Segens staatlicher Interventionen und zu einer Unterschätzung der Wohlstandsqualität des *Laissez-faire*-Marktes geführt haben, nämlich die Annahme superioren staatlichen Wissens. Nicht aufgegeben, sondern noch potenziert, hat er aber jene der superioren staatlichen *Weisheit*. Bei aller Akribie der Analyse erhält Stiglitz durch Unterlassung sorgfältig eine Illusionsquelle aufrecht, die ein solches Handbuch der ökonomischen Architektur moderner Marktwirtschaften nicht bestehen lassen dürfte. Das Bild des Staates, das dieses Werk durchdringt, ist fundamental prä- oder apolitisch und durch und durch technokratisch. Man muss sich fragen, ob ein Autor, der auf- und abgeklärt genug ist, um die Fundierung von Wirtschaftssystemen als müsiges Unterfangen abzutun, und an deren Stelle (zu Recht!) die sorgfältige Analyse der Rolle des Staates setzen will, nicht selbst einen Mangel an Aufklärung offenbart, wenn er sich auf eine reine ökonomisch-technische Instrumentenlehre beschränkt und dabei die Hand, die diese Instrumente führen sollte, unanalysiert lässt. Die Greenwald-Stiglitz-Theoreme heben zwar Illusionen über den Informationsstand des Staates auf, aber sie lassen noch gravierendere Illusionen über die Natur des Staates bestehen, namentlich diejenige, dass der Staat ein unendlich dichter Punkt rein wohlstandsorientierter totaler Machtausübung ist oder sein könnte. Im Stiglitz-Greenwald-Staat gibt es keine Abstimmungen und Wahlen, keine Parlamentarier, keine Regierungen, keine Bürokratien, keine Interessengruppen, sondern er entfaltet ihre formal bewiesenen Segnungen nur unter der Diktatur eines un-eigennützig wohlstandsorientierten *comité du salut public*, und dieses Komitee hat an-nahmegemäss keine der Funktionsprobleme, die gewöhnliche Diktaturen zu kennzeichnen pflegen. Stiglitz' Existenzbeweise wohlstandssteigernder Interventionen beruhen ausnahmslos auf einem

Modell wohlwollender technokratischer Zwangsausübung. Warum sollte sich aber eine reale Demokratie oder Diktatur auf einen Greenwald-Stiglitz-Edelinterventionismus festlegen? Die Zwangsmacht, die ein demokratischer oder diktatorischer Staat hat, prädestiniert ihn nicht für solche Beschränkungen. Für ein Buch, das die Rolle des Staates in der Wirtschaft für die entscheidende und korrekte Frage erklärt, ist es fragwürdig, kein auch nur halbwegs explizites Modell des Staates zu entwerfen. Diese Unterlassung ist um so unverständlicher, als ein umfangreicher Bestand solcher Theorie in Gestalt der ökonomischen Theorie der Politik und des Staates bereits besteht. Eine Anreicherung der Stiglitzschen Technokratenwelt mit diesen Theorien würde ohne Zweifel eine Reihe seiner Möglichkeitstheoreme in Unmöglichkeitstheoreme verwandeln. Die Frage, ob das politisch-bürokratisch-wissenschaftliche System, das jedes Interventionsprogramm verwalten muss, unter den günstigsten Bedingungen geeignet ist, im Sinne des Stiglitzschen Optimalinterventionismus zu handeln, wird praktisch nicht berührt. Bevor man deshalb unter dem Eindruck der Stiglitz-Möglichkeitstheoreme neue Interventionskompetenzen auf einen real existierenden Staat überträgt, sollte man warten, bis jene Theoreme vorliegen, die beweisen, dass ein demokratisch-bürokratischer oder diktatorisch-bürokratischer Staat für die wohlstandsfördernde Verwaltung solcher weitläufiger Zuständigkeiten wirklich geeignet ist. Stiglitz verwechselt offensichtlich die notwendige Bedingung – die Zwangsmacht – mit einer hinreichenden Bedingung. So wertvoll das Buch für den an moderner Informationsökonomik Interessierten ist, so heimtückisch dürfte es sein als Wegweiser zu einem wirklich illusionslosen Interventionismus. Stiglitz hat nur einen Schritt in Richtung auf eine rigorose Analyse des Interventionismus gemacht, und vermutlich den kleineren von zwei notwendigen.

Stiglitz' Bild
des Staates ist
fundamental
prä- oder
apolitisch und
durch und durch
technokratisch.

Eine «New View» der Wettbewerbspolitik?

Mit dem Übergang zur (interventionistischen) Marktwirtschaft stellt sich auch die Frage, welche Rolle dem Staat in der

Regulierung des Wettbewerbs zufallen soll. Die Antwort fällt nach diesem Kursus in aufgeklärter Marktwirtschaftslehre nicht mehr leicht. Am Ende des 20. Jahrhunderts müssen an eine effizienzorientierte Wettbewerbspolitik gewisse Minimalanforderungen gestellt werden. Der vollkommene Wettbewerb fällt als genereller Qualitätsmaßstab ausser Betracht; denn unter unvollkommener Information und bei der Vielfalt der Externalitäten, welche die moderne Wirtschaft charakterisieren, ist diese Art von Rivalität nicht generell operabel und auch nicht generell effizient. Gesucht ist eine Theorie des Wettbewerbs und der Wettbewerbspolitik, die operational zu definieren vermag, welche Arten von Rivalität unter realistischen Vorstellungen über Wirtschaft und Regulierungsinstanzen als effizient gelten können und auf welche Weise gegebenenfalls wohlstandssteigernd interveniert werden sollte – also eine Art von Greenwald-Stiglitz-Theorem der Wettbewerbspolitik. Ohne die Berücksichtigung von unvollkommener Information auf den Märkten, von Nichtkonvexitäten, von Externalitäten und unvollkommenem Wissen und Erkenntnisvermögen von Wettbewerbsbehörden kann heute von wettbewerbspolitischem Realismus nicht mehr gesprochen werden. Es sind dies *facts of life*, die eine Wettbewerbspolitik nicht beseitigen kann, sondern die sie als Parameter ihrer Versuche zur Wettbewerbsformatierung anzuerkennen hat. Stiglitz signalisiert, dass ihm die Komplikationen der Wettbewerbspolitik nicht fremd sind. Nach einer Kritik des alten interventionistischen Optimismus und dessen neuerer – interventionsskeptischer – Antithese kündigt er eine *New View* an, die «*for the first time provides a coherent rationale for antitrust policy*» (S. 119/120). Und was ist neu an dieser *New View*? Leider muss man sagen: nicht viel, ausser dem Nachweis, dass auch die Anfang der achtziger Jahre entwickelte Theorie der «*contestable markets*» den mutmasslichen Marktanteil perfekt effizienter real existierender Märkte nicht wesentlich erhöht hat, und der Vermutung, dass namentlich unter den allgegenwärtigen Oligopolen viele Bestrebungen zur Erlangung von Marktdominanz Ressourcenverschwendungen sein könnten; wodurch per saldo die Ansatzpunkte zu segensreicher

.....

*Von einer
eigentlichen
wettbewerbs-
politischen
Interventions-
lehre ist
man auch heute
weiter entfernt
denn je.*

.....

behördlicher Wettbewerbsgestaltung eher zu- als abgenommen hätten. Nach der Deponierung seiner wettbewerbstheoretischen Beglaubigungsschreiben, im Moment, wo das befreiende *dénouement* unmittelbar bevorzustehen scheint, fällt Stiglitz zurück in das konventionelle Enumerieren von Marktversagen und -unvollkommenheiten, ohne in irgendeiner Weise zu belegen, dass es unter realen politischen, ökonomischen und technischen Bedingungen – namentlich unter den einschlägigen Wissens-, Politik- und Bürokratiebedingungen – wirklich wohlstandssteigernde Eingriffe gibt, die geeignet sind, den Privatsektor einer Wirtschaft durch Wettbewerbspolitik auf eine fühlbar höhere Effizienzgrenze zu führen. Er scheut sich auch nicht mehr, die real existierenden Rivalitätsformen am vorher als untauglich verworfenen Standard des vollkommenen Wettbewerbs zu messen. Die *New View* aktivistischer Wettbewerbspolitik ähnelt zum Verwechseln der *Old View*. Von einer eigentlichen wettbewerbspolitischen Interventionslehre ist man auch heute weiter entfernt denn je. Die Vielfalt kunstvoller Modelle von Marktvorgängen schafft die Illusion, man habe in der wettbewerbspolitischen Bewertung und Beeinflussung von Marktverhalten und -strukturen entscheidende Fortschritte gemacht, und täuscht manchmal sogar die Fachleute. In Wirklichkeit, und das zeigt unabsehbar auch die Stiglitzsche Bearbeitung des Problems, hat die Verfeinerung der Theorie die Wettbewerbspolitik weder praktikabler noch treffsicherer gemacht.

In einem gewissen Sinne sind die populärwissenschaftlichen Werke von Sozialwissenschaftlern ihre wichtigsten. Hier öffnen sie das Visier, offenbaren sie, wie sie das Ganze und ihren Ort darin sehen. Das Fachpublikum verzeiht und vergisst die grandiosen Ausblicke, mit denen ein Fachartikel routinemässig eingerahmt wird, im Vortrag vor gemischtem Publikum müssen die umrahmenden Versprechungen eingelöst werden. Da werden manchmal unbeabsichtigte Einblicke gewährt. Stiglitz hat den Weg zu einem aufgeklärten Interventionismus nicht gewiesen, aber wer diesen Weg sucht, kommt an Stiglitz nicht vorbei, sei es nur, um sich von der Komplexität der Aufgabe zu überzeugen. ♦